Ulrich Beck
Die Seele der Demokratie: Bezahlte Bürgerarbeit

Wie wird Demokratie jenseits der Erwerbsarbeitsgesellschaft möglich? Meine Teilantwort: durch die breite Förderung von Bürgerarbeit. Bürgerarbeit meint: *doing democracy*. Man könnte auch (um Schumpeters Begriff der »schöpferischen Zerstörung« zu variieren) von *schöpferischem Ungehorsam* sprechen.[1]

I. Bürgerarbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren

Ausgangspunkt: Erwerbsarbeit schwindet und wird zugleich immer wichtiger genommen

Das Paradigma der Erwerbsarbeit steckt in einer doppelten »Krise«: Bezahlte Arbeit wird von der Wirtschaft seltener nachgefragt, ist im Zeitalter der Globalisierung buchstäblich im grenzenlosen Überangebot vorhanden, und Arbeit ist zugleich zum Wert schlechthin geworden. Eine der frühesten und radikalsten Formulierungen dieser das Menschsein angeblich überhaupt erst begründenden Arbeitsmoral findet sich in der Bibel: »Denn schon als wir das letzte Mal bei euch waren, schärften wir dies euch ein. Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen.«[2] Es ist eine der ironischen Pointen der Weltgeschichte, daß gerade dieser Satz aus dem 2. Brief des Paulus aufgenommen wurde in die von Stalin entworfene Verfassung der Sowjetunion des Jahres 1936. Der Kommunismus, könnte man sagen, vollstreckte die christlich-bürgerliche Arbeitsmoral, in der menschliches Sein und Arbeiten in der Wertung der Gesellschaft und in der Selbstwahrnehmung der Individuen zu den zwei Seiten desselben verschmolzen wurden.

Diese Paradoxie vor Augen – einerseits schrumpft das Volumen der Erwerbsarbeit[3], andererseits nimmt sie eine Art Daseins-Mo-

1 Vgl. U. Beck, *Schöne neue Arbeitswelt*, Frankfurt am Main 1999.
2 Zweiter Thessaloniker-Brief, 3.10.
3 Im Zuge von Individualisierungsprozessen fragen immer mehr Menschen – Frauen, Jugendliche, Alte – Erwerbsarbeit nach.

Onlinequelle: Demokratiezentrum.org - www.demokratiezentrum.org
Printquelle: Beck, Ulrich (Hg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Suhrkamp, Frankfurt am Main 2000, S. 416-447

nopol in unserem kulturell verordneten Selbstwertgefühl ein –, läßt sich die Grundidee der Option »Bürgerarbeit« einführen. Ihr Ziel ist ein doppeltes: Einerseits soll »Arbeit« außerhalb von Staat und Markt innerhalb des gemeinwohl-orientierten Freiwilligen-Sektors gesellschaftlich aufgewertet, finanziell abgesichert und in neue Rollen gegossen werden. Andererseits wird hier im fließenden Übergang auch Nicht-Arbeit in Gestalt von freiem, politischem Handeln[4] ein- und ausgeübt.

Dies ist in Europa dringender als z. B. in den USA. Schon das quantitative Ausmaß, in dem Amerikaner öffentlich-gemeinnützige Tätigkeiten – *volunteering* – übernehmen, ist beeindruckend: In einer Gallup-Umfrage von 1990 wird von 54 Prozent berichtet, die sich regelmäßig freiwillig engagieren, vierzehn Prozent davon fünf Stunden oder mehr pro Woche; vier Stunden pro Woche sind es im Durchschnitt (vgl. Independence Sector 1990). Zum Vergleich: Im in dieser Hinsicht »aktivsten« Land Europas, den Niederlanden, engagieren sich 38 Prozent freiwillig.[5] In der deutschen Tradition vermischt sich der Aufruf zum bürgerlichen Engagement mit der Überprüfung der Arbeitsbereitschaft. In der neuerlich aufkommenden Forderung, Arbeitslosengeld und Sozialhilfe nur gegen kommunale Leistung auszuzahlen, meldet sich die biblische Forderung wieder zu Worte: Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen. Allerdings ist es umgekehrt ein historischer Anachronismus, daß die entwickelten Wohlfahrtsstaaten die unfreiwillige Untätigkeit mehrerer Millionen Menschen bezahlen – und die Zahlungen sogar an das Versprechen der Untätigkeit knüpfen –, während es im sozialen, kulturellen und ökologischen Bereich jede Menge notwendiger und sinnvoller Aufgaben gibt, die niemand anpackt.

Aber das Modell Bürgerarbeit greift wesentlich darüber hinaus: Dem Schreckgespenst der Arbeitsgesellschaft ohne Arbeit soll eine Vision entgegengestellt werden, die das, was im ungebrochenen Paradigma der Vollerwerbsgesellschaft als »Krise« und »Katastrophe« erscheint, als historische Chance begreift und nutzt, gemäß dem Motto: Bürger-Engagement statt Arbeitslosigkeit finanzieren!

4 Im Sinne der Unterscheidung von Arbeit und Handeln bei Aristoteles und Hannah Arendt, die dies in ihrem Buch *Vita Activa* ausgeführt hat.

5 Vgl. dazu detailliert R.G. Heinze / Chr. Strünck in diesem Band S. 171-216.

Onlinequelle: Demokratiezentrum.org - www.demokratiezentrum.org
Printquelle: Beck, Ulrich (Hg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Suhrkamp, Frankfurt am Main 2000, S. 416-447

Was meint »Bürgerarbeit«? Wie gesagt: organisierten, schöpferischen Ungehorsam. Dies setzt voraus:
– die Ermöglichung einer innovativen, experimentellen Kultur, die verbindet, was sich auszuschließen scheint: Selbstverwirklichung und Dasein für andere; in Form
– eines freiwilligen sozialen Engagements, das
– projektgebunden (und damit zeitlich begrenzt) in kooperativen, selbstorganisierten Arbeitsformen
– in der Initiative eines Gemeinwohl-Unternehmers durchgeführt wird.

Bürgerarbeit wird nicht entlohnt, aber belohnt, und zwar materiell und immateriell (durch »Bürgergeld«, Qualifikationen, die Anerkennung von Rentenansprüchen und Sozialzeiten, »Favour Credits«[6] usw.).

Materiell erhalten diejenigen ein »Bürgergeld«, die hierauf existentiell angewiesen sind. Die Maßstäbe sind die gleichen wie bei der Gewährung von Sozialhilfe; deshalb können in den ausgebauten Wohlfahrtsstaaten die erforderlichen Mittel aus den Haushalten der Sozialhilfe und gegebenenfalls der Arbeitslosenhilfe entnommen werden.

Jedoch, die Bezieher von Bürgergeld sind – bei sonst gleichen Voraussetzungen – keine Empfänger von Sozial- oder Arbeitslosenhilfe, da sie in Freiwilligeninitiativen gemeinnützig tätig sind. Auch stehen sie dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung, wenn sie das nicht wünschen. Sie sind keine Arbeitslosen.

Dieses Modell Bürgerarbeit antwortet u. a. auf diese Fragen, im Hinblick auf die es im folgenden durchdacht und konkretisiert werden soll:

(1) Die Frage nach dem Ist-Zustand: Gibt es ein Potential für derartige Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit im Rahmen von Bürgerarbeit? Wie ist dies sozialstrukturell bestimmt (begrenzt), wie läßt es sich (politisch) aktivieren?

6 »Favour Credits« sind Vorteile, die ein in Bürgerarbeit Beschäftigter aus seiner freiwilligen Tätigkeit zieht, z. B. sein Kind gebührenfrei in einen Kindergarten schicken zu können. Vgl. H. Keupp/W. Kraus/F. Straus in diesem Band S. 217-268.

Onlinequelle: Demokratiezentrum.org - www.demokratiezentrum.org
Printquelle: Beck, Ulrich (Hg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Suhrkamp, Frankfurt am Main 2000, S. 416-447

(2) Die Organisationsfrage: Wer führt Regie, erschließt und organisiert dieses Potential im Hinblick auf welche Aufgaben?

(3) Die Legitimationsfrage bzw. Schnittstellenfrage: Wer legitimiert, welche Aufgaben im Rahmen von Bürgerarbeit (zeitlich begrenzt) angegangen werden? Wer löst mögliche Schnittstellenfragen und -konflikte zu den sektoral konkurrierenden Beschäftigungsformen auf (zweiter Arbeitsmarkt, Pflichtarbeit für Sozialhilfe-Empfänger, professionelle Dienstleistungen, Zivildienst usw.)?

(4) Die Finanzierungsfrage: Was kostet das? Und aus welchen Töpfen wird es bezahlt?

(5) Die Adressaten- und Arbeitsmarktfrage: Welche Motivations- und Adressatengruppen kommen für diese Art Bürgerarbeit in Frage? Wie läßt sich die Nachfrage u. U. begrenzen? Welche Auswirkungen hat das Engagement in Bürgerarbeit auf Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarkt? Wie lassen sich Bürgerarbeit und Erwerbsarbeit aufeinander abstimmen, miteinander verzahnen, füreinander durchlässig machen?

(6) Die Demokratiefrage: Wie und in welchem Sinn kann Bürgerarbeit zur Erneuerung von gesellschaftlicher Wohlfahrt und Demokratie beitragen?

Potentiale für Bürgerarbeit ausschöpfen

In der Kennzeichnung von Bürgerarbeit als schöpferischer Ungehorsam und als freiwilliges, soziales Engagement liegt eine begriffliche Vorentscheidung, auf die hier nur kurz hingewiesen werden kann. Bürgerarbeit ist in diesem Sinne nicht nur zu unterscheiden von Erwerbsarbeit und Sozialarbeitszwang, sondern auch von Arbeiten im Haushalt und in Familien, Freizeitaktivitäten, Schwarzarbeit u. a. m. Bürgerarbeit dient nicht primär einem ökonomischen oder subsistenzwirtschaftlichen Zweck wie Haushaltsproduktion oder Schattenwirtschaft, sie ist verwandt dem politischen Handeln, produziert Kollektivgüter, dient dem »Gemeinwohl«, anders als etwa individuelle Freizeitaktivitäten. Auch diese begriffliche Eingrenzung eröffnet noch ein weites Feld, das Selbsthilfe und mitgliedschaftliches Engagement wie ehrenamtliche Tätigkeiten (in Vereinen, Menschenrechtsorganisationen

Onlinequelle: Demokratiezentrum.org - www.demokratiezentrum.org
Printquelle: Beck, Ulrich (Hg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Suhrkamp, Frankfurt am Main 2000, S. 416-447

oder in der Beratung und Führung von Wohlfahrtsverbänden) umfaßt und nach Organisationsformen (formell – informell, groß – klein usw), Sektoren (Soziales, Gesundheit, Notfalldienste, Umwelt, Bildungswesen usw.) sowie Motivationsarten (traditionsgeleitet, individualistisch usw.) unterschieden werden kann.[7] In der Beschäftigung mit Zerfallsszenarien, die in der Debatte um »Globalisierung« und »Individualisierung« die Öffentlichkeit bewegen, ist der Tatbestand verdeckt und verdrängt worden, daß das Ausmaß und Potential für freiwilliges soziales Engagement auch in Deutschland nicht nur beachtlich und in den letzten Jahren sogar noch gewachsen ist, sondern daß die Art seines Strukturwandels eine neue Mobilisierungsfigur geradezu herausfordert.[8]

Umfang des Engagements

Im Jahr 1994 war fast ein Drittel der westdeutschen Bevölkerung – das entspricht rund 16 Millionen Personen – in einer ehrenamtlichen Tätigkeit engagiert. Der Anteil ehrenamtlich Aktiver war damit im Vergleich zu 1985 um 5 Prozent höher. In Ostdeutschland spielt ehrenamtliches Engagement eine nicht so große Rolle, wenngleich auch hier 1994 fast ein Fünftel der Bevölkerung – knapp 2,5 Millionen Personen – eine ehrenamtliche Tätigkeit ausübte. Bemerkenswert ist: Für alle Altersklassen in Westdeutschland ist im Vergleich zu 1985 eine Zunahme ehrenamtlicher Tätigkeit zu beobachten.

Individualisierung und Engagement

Die Individualisierung von Werthaltungen und Schichtenbindungen wirkt sich auch auf die Tätigkeiten außerhalb der Erwerbs-

7 Siehe dazu im einzelnen R. G. Heinze/Chr. Strünck, in diesem Band S. 180-188.

8 Dazu auch den Beitrag von Helmut Klages in diesem Band. Die von Rolf Heinze und Mitarbeitern durchgeführte erstmalige Auswertung der Daten des Sozio-Oekonomischen Panels (SOEP) zu diesem Thema vermittelt ein anderes Bild vom Umfang der Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit als die derzeit allenthalben zitierte Eurovol-Untersuchung zum ehrenamtlichen Engagement in Europa. Vgl. Gaskin, K. et al. (1996). Die Eurovol-Forscher haben ermittelt, daß sich in Deutschland 18 Prozent freiwillig engagieren, Deutschland damit nur noch vor dem Schlußlicht Slowakei rangiere. Gleichzeitig seien jedoch über 85 Prozent davon mindestens einmal pro Monat aktiv. Die hier erstmals vorgestellte SOEP-Analyse – die den Wandel im Vergleich zu Querschnittsanalysen offenlegt – kommt zu anderen Ergebnissen. Siehe zum sozio-demographischen Wandel im einzelnen R. Heinze/Chr. Strünck, in diesem Band S. 188-192.

Onlinequelle: Demokratiezentrum.org - www.demokratiezentrum.org
Printquelle: Beck, Ulrich (Hg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Suhrkamp, Frankfurt am Main 2000, S. 416-447

arbeit im Freiwilligensektor aus. Die Organisationen können viele Menschen nicht mehr voraussetzungslos in ihre Arbeit einbinden, weil die Interessenten eigene Ansprüche an Zeit und Dauer entwickeln und sich vermehrt für thematisch gebundene Einzelprojekte einsetzen wollen. Auch die Bedeutung »biographischer Passungen« nimmt zu: Wichtiger als Orientierungsmarken durch die Zugehörigkeit zu einem sozialen Milieu ist die Koppelung der freiwilligen Tätigkeit an eigene Erfahrungen und Fähigkeiten. Dadurch wächst zugleich das Potential von Freiwilligen an, weil bürgergesellschaftliches Engagement (»neue Ehrenamtlichkeit«) deutlich über das traditionelle Milieu und über Mitgliedschaftsgrenzen von Sozialverbänden hinausgeht. Alle Befunde belegen, daß Individualisierung keineswegs zu einer Vereinzelung und Entsolidarisierung führt. Vielmehr entsteht ein neues Potential für Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit, das bislang mit herkömmlichen Begriffen nicht adäquat erfaßt wird. Dies zu erschließen und in Ermöglichungsformen zu binden, ist das Ziel von Bürgerarbeit.

Zeitdimension

Dieser Strukturwandel des freiwilligen Engagements zeigt sich auch darin, daß regelmäßiges Engagement zurückgeht, während das unregelmäßige Engagement stark gewachsen ist. Im Jahr 1985 gaben 15,4 Prozent der Befragten an, regelmäßig ehrenamtlich tätig zu sein; 8,5 Prozent waren sogar jede Woche aktiv. 1994 betrug der Anteil der regelmäßig Aktiven dagegen nur 14,9 Prozent und der Anteil der wöchentlich Aktiven noch 7,6 Prozent. Deutlich zugenommen hat dagegen die seltener ausgeübte ehrenamtliche Tätigkeit, nämlich von 1985 rund 10 Prozent auf fast 15 Prozent im Jahre 1994.

Erwerbsstatus

Bestimmte Gruppen von Arbeitslosen – vor allem jüngere, arbeitslose Akademiker – engagieren sich freiwillig in Projekten und Organisationen, um sich für den regulären Arbeitsmarkt weiterzuqualifizieren und in einer Art »Arbeitsprozeß zu bleiben«. Demnach ist das freiwillige Engagement von arbeitslos Gemeldeten in Westdeutschland von 16,5 Prozent im Jahr 1985 auf 28,6 Prozent 1994 gestiegen. Doch gilt nach wie vor: Das freiwillige Engagement jener, die einer Erwerbsarbeit nachgehen,

Onlinequelle: Demokratiezentrum.org - www.demokratiezentrum.org
Printquelle: Beck, Ulrich (Hg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Suhrkamp, Frankfurt am Main 2000, S. 416-447

wächst. In Westdeutschland sind Vollzeiterwerbstätige mit etwa 35 Prozent im Jahre 1994 am häufigsten ehrenamtlich tätig, bei den Teilzeitbeschäftigten sind es knapp 32 Prozent.

Altersmerkmale

Die Entstehung neuer Altengenerationen (»aktives« Alter) spiegelt sich auch in den Debatten zum Engagement in politischen Organisationen. Von den 41-59jährigen waren 1994 12,5 Prozent »politisch« aktiv, das entspricht einer Zunahme von über 3 Prozent. Noch deutlicher ist die Zunahme bei den über 60jährigen, bei denen sich der Anteil von 3,8 Prozent auf 7,5 Prozent nahezu verdoppelt hat. Bemerkenswert ist jedoch, daß das Engagement der Jungen in Parteien, Bürgerinitiativen und in der Kommunalpolitik deutlich von 9,1 Prozent im Jahre 1985 auf 6,5 Prozent im Jahre 1994 zurückgegangen ist.

Bildungsstatus

Die Umfrageergebnisse zeigen, daß der »durchschnittliche« ehrenamtlich Tätige im mittleren Lebensabschnitt ist, eine gute Ausbildung besitzt und in einer gehobenen Position erwerbstätig ist. Die Entwicklung in Westdeutschland von 1985 bis 1994 zeigt allerdings einen überdurchschnittlichen Anstieg der ehrenamtlichen Tätigkeit bei Personen ohne Schulabschluß, und zwar von 17,5 Prozent auf 26 Prozent. Man kann von einer stärkeren Annäherung zwischen den Aktivitäten von Menschen mit hohen und niedrigen Bildungsabschlüssen sprechen, was nach dem bisherigen Stand der Forschung nicht unbedingt zu erwarten war. Ein signifikanter Unterschied zwischen den Gruppen mit unterschiedlichem Bildungsstatus bleibt dennoch bestehen.

Haushaltstypen

Bezogen auf Haushaltstypen sind Paare mit Kindern – zunehmend mit der Kinderzahl – am stärksten freiwillig engagiert. Rund 40 Prozent der Personen in Paarhaushalten mit drei und mehr Kindern sind in Westdeutschland ehrenamtlich tätig. Dies ist nicht nur mit kinderbezogenen Aktivitäten z. B. in Vereinen zu erklären, da auch die Mitarbeit in der Politik bei dieser Gruppe am häufigsten ist. Vielmehr sind Haushalte mit mehreren Kindern stark in soziale Netzwerke eingebunden und spüren eine größere Nähe zu Problemen.

Onlinequelle: Demokratiezentrum.org - www.demokratiezentrum.org
Printquelle: Beck, Ulrich (Hg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Suhrkamp, Frankfurt am Main 2000, S. 416-447

Berufsstatus
Ein deutlicher Rückgang ehrenamtlicher Aktivitäten ist dagegen bei den Selbständigen von 43 Prozent im Jahr 1985 auf noch knapp 30 Prozent im Jahr 1994 zu beobachten. Dies beruht vor allem auf dem Rückgang bei regelmäßiger Tätigkeit in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten. Möglicherweise spiegeln sich darin höhere zeitliche Anforderungen an selbständige Tätigkeiten wider. Es könnte aber auch sein, daß sich die Struktur der Selbständigen im betrachteten Zeitraum erheblich verändert hat und der Anteil sogenannter »Scheinselbständiger« eine größere Rolle spielt. In den neuen Bundesländern ist die Beteiligung von Selbständigen an ehrenamtlichen Aktivitäten ähnlich hoch wie 1985 im Westen. Dort übertreffen die Anteile insbesondere im Bereich der Politik die der westdeutschen Selbständigen zum gleichen Zeitpunkt deutlich. Arbeiter sind von allen Berufsgruppen am seltensten ehrenamtlich tätig, was die These stützt, daß für ein Engagement Ressourcen – insbesondere in Form von Bildung und Einkommen – notwendig sind, die dieser Gruppe in geringerem Umfang zur Verfügung stehen.

Motivationen für Bürgerarbeit nutzen: Biographische Passung

Mit der Individualisierung steigt die Bedeutung biographischer »Schnittstellen« und Übergänge (Jugendliche vor der Berufsausbildung, Mütter nach der Erziehungsphase, ältere Menschen im Übergang in den Rentenstand). In solchen Fällen suchen viele Menschen nach gezielten Einsatzfeldern für freiwilliges soziales Engagement, sie wollen thematisch und situationsbezogen aktiv werden. Hierin – und in neuen Ansprüchen an Dauer, Inhalt, Intensität, Verpflichtungsgrad sowie Befristung des Engagements – liegt das Motivationspotential für Bürgerarbeit.
Arbeitslose
Nicht jede Gruppe von Arbeitslosen ist voraussetzungslos für freiwilliges Engagement aktivierbar. Junge Akademiker nutzen Engagement häufig zur Weiterqualifizierung und als Brücke in den ersten Arbeitsmarkt. Vor allem Personen, die bereits vor Eintritt ihrer Arbeitslosigkeit in Netzwerken oder Projekten

Onlinequelle: Demokratiezentrum.org - www.demokratiezentrum.org
Printquelle: Beck, Ulrich (Hg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Suhrkamp, Frankfurt am Main 2000, S. 416-447

aktiv waren, setzen dieses Engagement fort, wenn sie arbeitslos sind.

Jugendliche

Jugendliche engagieren sich vor allem aus zwei Motiven: Sie wollen situationsbezogen etwas anderes machen als in Schule oder Betrieb, oder sie wollen projekt- und zielorientiert ihre eigenen Fähigkeiten dazu einsetzen, ein erreichbares Ziel zu verfolgen. Ihr Engagement findet nur in solchen Organisationen statt, mit denen aufgrund ihrer Wertorientierung eine hohe Identifikation möglich ist. Sehr viel häufiger engagieren sich Jugendliche in Formen nicht-institutionalisierter politischer Partizipationen, d. h. punktuell, spontan und kurzfristig (z. B. bei Unterschriftenaktionen, Käuferboykotts usw.). Jugendliche wünschen sich einen Raum, »bei sich selbst bleiben zu können«. Sie reagieren auf Hierarchien, Routinen und Stereotypen »selbstlosen Engagements« mit Unbehagen. Ähnlich wie die Erwerbsarbeit immer stärker mit Ansprüchen an Inhalte und Kommunikation verbunden ist, erwarten viele von freiwilligem Engagement mehrere Qualitäten: Sie sollen die Person fordern, Spaß machen, kommunikativ sein, sichtbare und auch zurechenbare Ergebnisse bringen und Anerkennung vermitteln. Diese Grundsätze sind etwa in niederländischen Freiwilligenorganisationen, aber auch in der amerikanischen Volunteering-Kultur weitaus stärker verankert als in deutschen Organisationen.

II. Gemeinwohl-Unternehmer gewinnen

Der gesellschaftliche Strukturwandel hat also die Potentiale für Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit grundlegend verändert. Auch hier haben wir es mit wachsenden Diskrepanzen zwischen einem »frei flottierenden bürgergesellschaftlichen Engagement« (Helmut Klages) und einer Struktur von Institutionen und (Wohlfahrts-)Organisationen zu tun, die diese unvertraute, organisatorisch »schwer verdauliche« Verbindung von Egoismus und Altruismus nicht wirklich begreifen, nicht wirklich binden und entsprechend für die drängenden Zukunftsaufgaben nicht mobilisieren können. Damit dies möglich wird, sind eine Reihe von Entwicklungshemmnissen zu überwinden.

Onlinequelle: Demokratiezentrum.org - www.demokratiezentrum.org
Printquelle: Beck, Ulrich (Hg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Suhrkamp, Frankfurt am Main 2000, S. 416-447

Entwicklungs-Hemmnisse von Bürgerarbeit überwinden

Die Krise des Wohlfahrtsstaats

Wer den Wohlfahrtsstaat retten will, muß ihn verändern.[9] Die Frage ist: wie? Es ist nicht möglich, die Last den Familien aufzubürden, allein schon deswegen nicht, weil die Familien ihrerseits in einem dramatischen Wandel begriffen sind. Die Subsidiaritätsleistungen der Familie beruhten weitgehend auf der unbezahlten Hausarbeit von Frauen. In dem Maße, in dem Frauen in die Erwerbsarbeit drängen und integriert werden und die Familien sich ausdifferenzieren in sehr unterschiedlichen Familienformen (alleinerziehende Väter und Mütter, außereheliche Lebensformen, deine, meine, unsere Kinder usw.), ist es unrealistisch, die Aufgaben auf die sowieso schon überstrapazierten »Familien« zurückzuverlagern. Die Konsequenz ist: Der Schlüssel zu einer neuen Qualität von Wohlfahrt muß aus einem dritten Bereich kommen: neuen Formen des kooperativen Bürgersinns (Bürgerarbeit), die experimentell Individualität und Sozialsinn aufeinander abstimmen und die Kluft zwischen Familien und Staat überbrücken können. Das klassische Ehrenamt, zumeist in den Wohlfahrtsverbänden organisiert, ist dazu nicht in der Lage. Es ist noch immer stark auf die Verbandsbedürfnisse zugeschnitten und vereinnahmt die Freiwilligen. Projekt- und themenbezogene Einsatzmöglichkeiten gewinnen erst langsam an Gewicht. Die starke, durch das formale Subsidiaritätsprinzip gefestigte Stellung der Wohlfahrtsverbände drängt neue Organisationsformen wie Freiwilligenagenturen – die als solche bislang schwer in die Förderlogik der öffentlichen Hand passen – an den Rand.

Defizitorientierung der Sozialpolitik

Dem kurativen und individualisierenden Blick der traditionellen Sozialpolitik entgeht die wachsende Bedeutung von sozialen Netzwerken, die auch sozialpolitisch stärker stabilisiert werden könnten. Hier lassen sich nicht in erster Linie Defizite behandeln, sondern neue Selbsthilfe-Ressourcen mobilisieren. Statt solche Ressourcen innerhalb von Gemeinschaften zu fördern, konzen-

9 Siehe dazu zusammenfassend A. Giddens (1997).

Onlinequelle: Demokratiezentrum.org - www.demokratiezentrum.org
Printquelle: Beck, Ulrich (Hg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Suhrkamp, Frankfurt am Main 2000, S. 416-447

triert sich Sozialpolitik auf die Bereitstellung von Leistungen an individuelle Empfänger, was im übrigen die (meist überzogen karikierte) Rolle des »Wohlfahrtskonsumenten« ungewollt fördert.

Schwaches Sozial-Sponsoring

In Deutschland existiert keine nennenswerte Kultur des Social Sponsoring, bei dem der Geldgeber maketingfähige Gegenleistungen erhält. In Ländern wie den USA liegt der Anteil der selbst erwirtschafteten Mittel von Sozialorganisationen bei rund 50 Prozent ihrer Gesamteinnahmen, in Deutschland nur bei 28 Prozent. Die geringe Qualität der Darstellung und Kommunikation von Projekten in der Öffentlichkeit spielt hierbei eine große Rolle, aber auch die mangelnde Kenntnis und Bereitschaft in Unternehmen. In den USA gibt es in dieser Hinsicht eine entwickeltere »Sozialkultur« von Unternehmen.

Fehlende Anreize und Kompensation

Zum Beispiel weder Sozialzeiten noch Zeitspenden werden in Deutschland – anders als in den Niederlanden und den USA – anerkannt, um den Anreiz für freiwilliges Engagement zu erhöhen. Die Hemmschwelle ist daher für viele Gruppen noch zu hoch.

Sozio-kulturelle Barrieren

Vermittelt durch Politik und einen Teil der Medien hat sich in der Diskussion der Eindruck festgesetzt, individuelle Selbstsorge untergrabe Gemeinsinnorientierungen. Gerade amerikanische Untersuchungen zeigen jedoch deutlich, wie sehr in einer sich wandelnden Gesellschaft individuelle Zielverfolgung und Wahlmöglichkeiten die Grundlage für gemeinschaftsorientiertes Handeln bilden: »In der Lage zu sein, das zu tun, was man möchte«, 83 Prozent derer, die sich diese Formel persönlich zu eigen gemacht haben, halten es für wichtig, sich zu engagieren, wenn andere Menschen Hilfe brauchen. Daß Individualisierung den wichtigen Gemeinsinnorientierungen nicht etwa den Boden entzieht, sondern andere Voraussetzungen dafür schafft[10], ist in der politischen Kultur der Bundesrepublik allerdings noch nicht verankert.

10 Dazu auch R. Wuthnow (1997), H. Wilkinson (1997), U. Beck (1997), H. Klages (1998).

Onlinequelle: Demokratiezentrum.org - www.demokratiezentrum.org
Printquelle: Beck, Ulrich (Hg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Suhrkamp, Frankfurt am Main 2000, S. 416-447

Organisierte Spontaneität ermöglichen

Alle rufen nach Spontaneität, Kreativität, Innovation, Selbstverantwortlichkeit, aber niemand weiß, wie diese neuen großen und zunächst leeren Hoffnungsworte in herstellbare Wirklichkeit zu verwandeln sind. Die allseits unbeantwortete Frage lautet: Wie wird organisierte Spontaneität möglich?[11]

Die Sozialwissenschaften, insbesondere im angelsächsischen Sprachbereich, haben sich in den letzten zehn Jahren intensiv mit dieser Frage befaßt und sind dabei auf das gestoßen, was man die Paradoxie der organisierten Spontaneität nennen könnte: Alle Versuche, Menschen zu ihrem Glücke organisierter Selbstverantwortung durch staatliche Verordnungen und Erlasse zu bewegen – beispielsweise indem man Wohnviertel mit sozial gemischten Nachbarschaften plant, öffentliche Räume verordnet, Rahmenrichtlinien für soziale Fürsorglichkeit erläßt usw. –, sind kontraproduktiv. Je mehr soziale Spontaneität und Verantwortlichkeit vorgeschrieben werden, desto mehr wird diese verhindert.[12] Rechtlich-institutionell gewendet bedeutet dies, daß Bürgerarbeit nicht den Kommunalverwaltungen, nicht den Sozialämtern, nicht den Arbeitsämtern, nicht den Wohlfahrtsverbänden, auch nicht einem neu einzurichtenden Amt für Bürgerarbeit unterstellt werden sollte. Nicht nur weil damit der staatliche Kontrollzugriff etabliert würde, sondern weil mit Bürgerarbeit gerade ein Gegenakzent zur organisierten Phantasielosigkeit der Kommunalverwaltung, der Arbeitsämter, der Sozialfürsorge usw. gesetzt werden soll. Doch damit stellt sich verschärft die Frage: Wer organisiert die Spontaneität?

11 »Warum haben wir eigentlich solche Angst vor Spontaneität?«, fragt Kurt Biedenkopf. »Wir werden niemals vorweg sagen können, welche Ideen die Leute haben, die wir – aus welchen Gründen auch immer – veranlassen, Ideen zu haben; … Wenn wir uns von der Frage verblüffen lassen, was sollen die Leute denn tun, ist die Debatte zu Ende. Man muß Strukturen schaffen, in denen sich Spontaneität entwickeln kann. Aber das Ergebnis der Spontaneität vorwegzunehmen, ist unmöglich.« (Zitiert aus dem Protokoll der 5. Sitzung der Zukunftskommission in Tutzing am 27. 7. 1996)

12 Zusammenfassend und aufgrund eigener empirischer Studien siehe z. B. B. Saunders (1993), S. 57 ff.

Onlinequelle: Demokratiezentrum.org - www.demokratiezentrum.org
Printquelle: Beck, Ulrich (Hg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Suhrkamp, Frankfurt am Main 2000, S. 416-447

Personifizierter Initiativreichtum: Der Gemeinwohl-Unternehmer

Es ist die Schlüsselidee des Modells Bürgerarbeit, daß hierfür das Unternehmerische mit der Arbeit für das Gemeinwohl verbunden werden sollte und kann. Auf diese Weise entsteht der Typus des Gemeinwohl-Unternehmers, der Sozialfigur nach sozusagen eine Verbindung zwischen Mutter Theresa und Bill Gates. Soziale oder Gemeinwohl-Unternehmer kombinieren in ihrer Person und in ihrem Können das, was sich der gängigen Logik funktional differenzierter Gesellschaften nach auszuschließen scheint: Die Fertigkeiten und die Kunst des Unternehmers im emphatischen Wortsinn werden für soziale, gemeinnützige Zwecke eingesetzt.[13] Daß es sich dabei nicht um einen Homunkulus der Not handelt, sondern um reale, hochaktive Personen, zeigt eine entsprechende Studie aus Großbritannien, deren Ergebnisse wohl auch auf Deutschland übertragbar sein dürften.[14] Die Figur des

13 Allgemein wird diese Idee, neue Rollen und Lösungsmuster für die Zweite Moderne zu entwickeln, indem die getrennten Verhaltens-Logiken der ersten Moderne überwunden und neu verbunden werden, dargelegt in U. Beck (1993), S. 193 ff.

14 Lord Michael Young of Dartington, der die Open University erfunden und gegründet hat, verfolgt eine neue Idee: »Wir müssen uns zusammenhocken, um neue Rollen für den Freiwilligen-Sektor auszudenken, denn da gibt es brachliegende Möglichkeiten. Der Staat ist zu stark in den bürokratischen Dschungel verstrickt, die engagierten Menschen, die dort beschäftigt sind, werden blockiert. Freiwillige Körperschaften dagegen müssen klein, lebendig und unternehmerisch werden.« Lord Young will eine Bildungsanstalt für Sozial-Unternehmer gründen und steht kurz davor, diese Vision zu verwirklichen, da er für sie starke Verbündete gefunden hat. Oxfam, Amnesty International und das Royal National Institute for the Blind sind drei der Partner, die mitmachen wollen. Die Honkong- und die Shanghai-Bank sichern die Finanzierung. Auch ein Direktor der Ausbildungsstätte ist bereits gefunden und ernannt. Die Schule wird für Menschen aller Altersgruppen und Herkünfte offenstehen. Lord Young will die Besten, die Engagiertesten, die Missionarischsten für seine Idee gewinnen und aktivieren. »Wir müssen Menschen ermutigen, weder für den Staat noch für Profit zu arbeiten, sondern für das öffentliche Wohl.« In seinem Forschungsbericht *The Rise of the Social Entrepreneurs* begrüßt Charles Leadbeater die Schule: »Eines der großen Probleme des Wohlfahrtssystems ist, daß dieses versagt hat, Innovationen zu entwickeln und sich auf die neuen Umstände, die in allen hochentwickelten Gesellschaften entstanden sind, einzustellen. Es hat im Gegenteil den sozialen Zusammenhalt unterminiert und nicht den Gemeinschaftssinn gefördert und aktiviert, den man sich von ihm erhofft hatte. Der so-

Onlinequelle: Demokratiezentrum.org - www.demokratiezentrum.org
Printquelle: Beck, Ulrich (Hg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Suhrkamp, Frankfurt am Main 2000, S. 416-447

Gemeinwohl-Unternehmers bezeichnet eine personifizierbare Verdichtung von Initiativreichtum, wie sie empirisch oft genug außerhalb und in Opposition zu den traditionellen Wohlfahrts- oder staatlichen Dienstleistungsorganisationen anzutreffen ist.

Was macht das Soziale des Gemeinwohl-Unternehmers aus?

– Gemeinwohl-Unternehmer können Geschichten erzählen, Menschen miteinander ins Gespräch bringen und anleiten, sie verführen, Dinge zu tun, die sie ansonsten vielleicht gar nicht in Erwägung gezogen hätten. In diesem Sinne ist nicht nur der Charakter, auch das Ergebnis ihrer Arbeit sozial, weil hier die Wohlfahrt, die Gesundheit, die Gemeinschaft und ihre Voraussetzungen erneuert und befördert werden;

– Gemeinwohl-Unternehmer sind »visionäre Pragmatiker«. Sie verfolgen eine Idee, aber wissen zugleich diese in einer Politik der nächsten Schritte umzusetzen. Sie sind Spezialisten in der Schaffung und Nutzung sozialen Kapitals – in Gestalt von Beziehungen, Netzwerken, Vertrauen und Kooperation. Dadurch verschaffen sie sich auch Zugang zu finanziellem Kapital. Die Netzwerke, die sie knüpfen und pflegen, lassen sich also durchaus in Geld verwandeln.[15]

– Die Organisationen, die sie gründen, sind »gemeinwohlorientiert« in dem Sinne, daß sie nicht profitorientiert sind und Probleme anpacken, deren Lösung der Entwicklung des Gemeinwesens förderlich ist. Diese Organisationen sind weder Teil des Staates noch der privaten Wirtschaft. In der Tat drückt sich ihre innovative Kraft oft gerade darin aus, daß ihre Initiativen und Lösungen für Probleme und Krisen staatlichen Stellen und Vorstellungen widersprechen.

– Gemeinwohl-Unternehmer sind meistens zugleich Gemeinde- und Gemeinschafts-Unternehmer; sie beleben die lokalen Biotope der Bürgergesellschaft, die Nachbarschafts-Netzwerke, aus denen heraus sie entstehen. Das schließt nicht aus, daß Gemein-

ziale Unternehmer, über den ich geschrieben habe, kombiniert die Fertigkeiten des Unternehmers mit dem sozialen Missionsgeist, um auf diese Weise brache Ressourcen zu nutzen, um neue Werte zu schaffen und – nicht zuletzt – das Gemeindeleben vor Ort zu revitalisieren.« Leadbeater (1997), wie berichtet in: McCgwire (1997).

15 Vgl. hierzu R. G. Heinze/Chr. Strünck in diesem Band, S. 206 ff., und H. Keupp u. a., S. 231 ff.

Onlinequelle: Demokratiezentrum.org - www.demokratiezentrum.org
Printquelle: Beck, Ulrich (Hg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Suhrkamp, Frankfurt am Main 2000, S. 416-447

wohl-Unternehmen auch Initiativen starten und unterhalten, die nicht nur das »Soziale« am Ort ihrer Tätigkeit aktivieren. Sie pflegen auch den Austausch in internationalen und interdisziplinären Netzwerken.

– Schließlich sind Gemeinwohl-Unternehmer auch Freiwilligen-Unternehmer, indem sie das, was viele Menschen offenbar benötigen, um aktiv zu werden, leisten: Sie rufen auf zur freiwilligen Mitarbeit und betreuen, beraten, begleiten, organisieren diese. Diese Eigenschaften machen sie leicht zu Anti-Bürokraten. Sie hassen Vorschriften und Paragraphen und wissen sie zu umgehen, woraus sich vielfältige Konflikte und Widerstände ergeben können.

Was macht umgekehrt das Unternehmerische des Gemeinwohl-Unternehmers aus?

– Ihre unternehmerische Kunst und Fertigkeit liegt darin, daß sie unbefriedigte Bedürfnisse, ungelöste Aufgaben identifizieren und dafür brachliegende Ressourcen mobilisieren können. Sie vermitteln also in ihrer Person und Aktivität die Nachfrage und die Aufgaben der Bürgerarbeit.

– In der privaten Wirtschaft ist es durchaus möglich, ein erfolgreicher Unternehmer zu sein, ohne wirklich innovativ zu sein. Im Freiwilligen-Sektor muß der sozialunternehmerische Geist ein Innovator sein, um ein wie auch immer ausgerichtetes Projekt zu starten und durchzusetzen, denn hier gibt es keine Vorbilder, keine Rezepte, keine Routinen.

– Gemeinwohl-Unternehmer organisieren Mitgliedschaften und Arbeitsformen nicht exklusiv, sondern inklusiv: Bürgerarbeit schließt letztlich niemanden aus, es sei denn, er oder sie schließt sich selber aus.[16]

– Wie die Erfahrungen in Großbritannien zeigen, haben die Projekte, die der Gemeinwohl-Unternehmer entwirft und durchführt, oft größere Erfolge mit geringeren Kosten als parallele Projekte des Wohlfahrtsstaates, und zwar weil sie weniger bürokratisch, aber sehr viel flexibler in ihren Organisationsabläufen sind

16 Dies ist sicherlich eine Aussage, die praktisch getestet werden muß, beispielsweise in der Integration von (geistig) Behinderten, Kranken, Einsamen, neuen Analphabeten etc. Das heißt: Die inklusive Idee muß gegen den Verdacht des Mittelschicht-Bias, der Bürgerarbeit innezuwohnen scheint, in der Praxis selbst in Zukunft entfaltet und bestätigt oder relativiert, widerlegt werden.

Onlinequelle: Demokratiezentrum.org - www.demokratiezentrum.org
Printquelle: Beck, Ulrich (Hg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Suhrkamp, Frankfurt am Main 2000, S. 416-447

und mit dem Stamm der Freiwilligen über eine Art Engagement verfügen, das nur schwer oder gar nicht kaufbar, bezahlbar ist.[17] So kann Bürgerarbeit zu einer Innovation werden, die Innovationen ermöglicht. Denn in dem Maße, in dem das Wohlfahrtssystem durch die Einrichtung von Bürgerarbeit auch inhaltlich neu fundiert wird, wird es zugleich dezentralisiert, klienten- und problemnäher. Zugleich entsteht eine Kultur der Kreativität, d. h. ein öffentlicher Raum, in dem experimentelle Vielfalt möglich wird.

III. Kommunale Ausschüsse für Bürgerarbeit einrichten

Die Einrichtung von Bürgerarbeit mit der Initiativrolle des Gemeinwohl-Unternehmers wirft vielfältige Fragen auf: Wie wird diese Arbeitsform finanziert? Wer autorisiert, berät sie und legt sie auf öffentliche Belange fest? Und: Wie wird das (in der Metapher des »Unternehmerischen« angelegte) mögliche Scheitern – sozusagen der »Konkurs« – bestimmter Projekte festgestellt und verkraftbar? Insbesondere wirft Bürgerarbeit auch Schnittstellen-Fragen auf, die aus möglichen Überschneidungen mit bereits etablierten Leistungsträgern und Beschäftigungsformen entstehen – als da wären: Zweiter Arbeitsmarkt, kommunale Pflichtarbeit im Rahmen der Sozialhilfe, professionelle Arbeit im öffentlichen Dienst und den Wohlfahrtsverbänden, Zivildienst, kleine Dienste (niedrige produktive Tätigkeiten), Schwarzarbeit.

Für die Bearbeitung bzw. Beantwortung dieser Art von Fragen empfiehlt sich eine verfahrenstechnische Lösung, wie dies in entwickelten pluralistischen Demokratien praktiziert wird: An die Stelle inhaltlicher Vorgaben oder Abgrenzungskriterien, die bei einem dynamischen, auf Innovation und Kreativität ausgerichteten Modell wie Bürgerarbeit sowieso ausgeschlossen sind, treten Verfahrensregeln, die festlegen, wie Entscheidungen getroffen und mögliche Friktionen produktiv aufgelöst werden. Die Initiativ- und Schlüsselstellung des Gemeinwohl-Unternehmers wird auf diese Weise ergänzt durch ein weiteres Bauelement der »zivilen Infrastruktur«: den Ausschuß für Bürgerarbeit.

17 Vgl. Leadbeater (1997).

Onlinequelle: Demokratiezentrum.org - www.demokratiezentrum.org
Printquelle: Beck, Ulrich (Hg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Suhrkamp, Frankfurt am Main 2000, S. 416-447

Viele werden auch fragen: Wo findet man in den irdischen Zonen menschlicher Fehlbarkeit dies Wunderwesen des Gemeinwohl-Unternehmers? Welche Ausbildung sollte er genossen haben? Welche testbaren Eigenschaften sollten ihn kennzeichnen? Diese ebenso wie alle zuvor genannten Fragen werden in dem Modell Bürgerarbeit mit dem Verfahren beantwortet, wie dieser Ausschuß ins Leben gerufen, besetzt, entscheidungsfähig wird und worin seine Aufgaben liegen.

Der Bürgerarbeits-Ausschuß setzt sich zusammen aus Vertretern des Gemeinderats, der Wohlfahrtsverbände, Freiwilligenvertretern, Leistungsempfängern von Bürgerarbeit, selbstverständlich auch Unternehmensvertretern, vor allem wenn sie Patenschaften (in Gestalt von Social Sponsoring) für Bürgerarbeit übernommen haben. Die Mitglieder dieses Ausschusses werden auf Vorschlag des Gemeinderates von diesem für eine Amtszeit von vier Jahren gewählt; Wiederwahl ist möglich. Der Ausschuß selbst wählt sich seinen Vorsitzenden. Der Ausschuß trifft seine Entscheidungen mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Der Ausschuß hat eine dreifache Funktion:

– Politische Entscheidung und Legitimation. Der Ausschuß stellt die politische Legitimationsinstanz dar, die den Sozial-Unternehmer beauftragt und der er oder sie letztlich verantwortlich ist. Als solche ist sie Teil der Belebung der sozialen Netzwerke, welche die Bürgergesellschaft auszeichnen und diese für alle anderen gesellschaftlichen Teilbereiche – Wirtschaft, Politik, Kultur, alltägliche Lebensqualität – so unverzichtbar machen.

– Auswahl und Ernennung des Gemeinwohl-Unternehmers. Der Ausschuß schreibt Aufgaben aus und entscheidet, wer warum mit welchen Aufgaben Gemeinwohl-Unternehmer ist.

– Beratung und Konfliktregulierung. Es liegt im Auftrag dieses Gremiums, mögliche Schnittstellen-Friktionen aufzulösen. Daß in diesem Ausschuß alle Gruppen vertreten sind, die in ihren Interessen und Aufgaben durch die gemeinwohl-unternehmerische Bürgerarbeit tangiert werden, macht ihn zugleich – neben der Konfliktregulierung – zu einem Beratungsgremium für Bürgerarbeit. Der Ausschuß beauftragt Gemeinwohl-Unternehmer aufgrund von Projektideen, Vorstellungsgesprächen und Beratungen; er kann aber auch selbst Aufträge öffentlich ausschreiben, um die

Onlinequelle: Demokratiezentrum.org - www.demokratiezentrum.org
Printquelle: Beck, Ulrich (Hg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Suhrkamp, Frankfurt am Main 2000, S. 416-447

sich dann mögliche Gemeinwohl-Unternehmer bewerben können. All diese Aufgaben und Entscheidungsbefugnisse führen als solche schon zu einer Belebung des Gemeinsinns, weil das »Was, Wer, Wie« wohlfahrtsstaatlicher Fragen öffentlich erörtert, verhandelt und entschieden wird.

IV. Bürgerarbeit belohnen, nicht entlohnen

Der Kernsatz amerikanischen volunteerings lautet: »Volunteering ist not for free.« Das ist nicht nur, aber auch ökonomisch gemeint. Nicht das Engagement selbst soll bezahlt werden, aber eine Rahmeninfrastruktur. Trotz der manifesten Krise öffentlicher Haushalte – insbesondere auf der kommunalen Ebene – stehen daher die plakativen Bekenntnisse der Politik zur Aufwertung der Freiwilligen-Arbeit in einem merkwürdigen Kontrast zur ebenso häufigen Weigerung, zweckgebundene Mittel für die Förderung der Freiwilligen-Arbeit loszueisen.

Den ökonomischen Nutzen von Bürgerarbeit erschließen

Dabei vervielfacht sich jede DM, die in Bürgerarbeit investiert wird, auf keineswegs mysteriöse Weise. Denn in Freiwilligen-Arbeit wird nicht nach den Prinzipien des Äquivalenten-Austausches verfahren, sondern genau im Widerspruch dazu die Wunderfrage beantwortet: Wie kann man aus Wenigem viel machen, möglicherweise öffentliche Armut sogar in öffentlichen Reichtum verwandeln? Es lassen sich drei Effekte des ökonomischen Nutzens von Bürgerarbeit unterscheiden[18]:
– Das für Bürgerarbeit ausgegebene Geld fließt zu einem großen Teil wieder zurück und fördert damit das Bruttosozialprodukt. Es lassen sich am Beispiel der Stadt München und ihrer Selbsthilfe-Förderung deutlich Rückflußeffekte feststellen (z. B. in Form von Re-Investitionen im öffentlichen Sektor), so daß die Nettoausgaben im Vergleich zum Förderungsbetrag deutlich niedriger sind.[19]

18 Vgl. R. G. Heinze/Chr. Strünck, in diesem Band, S. 209 ff.
19 Eine Pauschalrechnung zeigt dieses Phänomen: »Pro 100 DM öffentlicher Zuschüsse werden weitere 50 DM private Ausgaben bei den Selbsthilfe-Initiativen

Onlinequelle: Demokratiezentrum.org - www.demokratiezentrum.org
Printquelle: Beck, Ulrich (Hg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Suhrkamp, Frankfurt am Main 2000, S. 416-447

– Das für Selbsthilfeinitiativen ausgegebene Geld fördert Engagement in unbezahlten, produktiven Stunden. Die daraus entstehenden Nutzeneffekte bedeuten eine relevante finanzielle Entlastung für den Staat (z. B. Vermeidung von zusätzlichen Kosten im Gesundheitssystem). Hier geht es um die von Bürgerarbeit erbrachten Leistungen für Dritte, d. h. für Personen, die sich beraten lassen, aber selbst keiner Bürgerarbeit nachgehen.[20]

– Hinzu kommen Effekte, die durch die Bürgerarbeit bei den Teilnehmern selbst bewirkt werden, z. B. Rückgang der Erkrankungen, geringere Medikamenteneinnahme, Verminderung der Inanspruchnahme ambulanter und stationärer Dienste mit dem entsprechenden Nutzen für Krankenkassen und Arbeitgeber.[21]

Die Wertschöpfung, die durch Bürgerarbeit erbracht wird, liegt in der Bereicherung der demokratischen Kultur und der Erschließung von Kreativität und Spontaneität zur Lösung der anstehenden Zukunftsaufgaben. Dennoch mag ein Blick auf die Schätzungen des materiellen Wertes von Bürgerarbeit interessant sein. Die 1994 veröffentlichten Ergebnisse der Zeitbudget-Studie des Statistischen Bundesamtes ergaben für 1992 ein Jahresvolumen von 60 Milliarden Stunden bezahlter Erwerbsarbeit in Deutschland.[22] Dem stand ein Jahresvolumen von 95 Milliarden Stunden unbezahlter Arbeit gegenüber.[23] Darin sind »ehrenamtliche Tätigkeit und soziale Hilfe« – sämtlich unbezahlte Arbeit – mit 3,8 Milliar-

angestoßen. Die somit von den Selbsthilfe-Inititiativen ausgegebenen 150 DM führen zu einer Staatsquote am Bruttosozialprodukt von rund 50 Prozent, zu Einnahmen der öffentlichen Hand von 75 Prozent, so daß die Nettoausgaben nur 25 Prozent der Bruttoausgaben betragen.« Kandler (1995), S. 81; Vgl. auch Engelhardt (1995), S. 80.

20 Die Autoren der Münchner Studie haben vier verschiedene Bereiche (Eltern/Kind, Wohnen, Frauen/Männer, Gesundheit/Behinderung) analysiert. Nimmt man als Beispiel den Bereich »Gesundheit/Behinderung«, so wurden im Jahr 1992 185 000 produktive Stunden geleistet (= Zeit zum Nutzen für Dritte und nicht zur Befriedigung »eigener Bedürfnisse«). Umgelegt auf ein Personalkostenäquivalent (BAT Vb) für professionelle Helfer bedeutet dies, daß 100 DM Fördersumme 587 DM Gegenwert erbringen. Vgl. Kandler (1995), S. 84 f.

21 Eine Modellrechung am Beispiel der Münchner Angst Selbsthilfe (MASH) ergibt Einsparungen in einer geschätzten Höhe von 1,8 Millionen DM für die öffentliche Hand und ca. 400 000 DM für die Arbeitgeber. Pro 100 DM Zuschuß ergibt sich ein Effekt für die öffentliche Hand von 1500 DM. Vgl. Kandler (1995), S. 102.

22 Vgl. Blanke/Ehling/Schwarz (1996), S. 42.

23 Vgl. Schwarz (1996), S. 265.

Onlinequelle: Demokratiezentrum.org - www.demokratiezentrum.org
Printquelle: Beck, Ulrich (Hg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Suhrkamp, Frankfurt am Main 2000, S. 416-447

den Stunden enthalten. Das Statistische Bundesamt schätzt den Wert dieser ehrenamtlich erbrachten Arbeit auf knapp 80 Milliarden DM, einen Nettostundenlohn von 23 DM in Westdeutschland zugrunde gelegt.[24] Damit entspricht der Schätzwert für die Nettolohnsumme ehrenamtlicher Tätigkeit etwa 8 Prozent der Nettolohn- und -gehaltssumme für Deutschland, die 1992 rund 954 Milliarden DM betrug.[25]

Bürgerarbeit immateriell belohnen

Bürgerarbeit verfügt durchaus – auch in Konkurrenz zu der Erwerbsarbeit – über wichtige immaterielle Belohnungsarten:

Freiwilligkeit

Eine Belohnung ist sicherlich zunächst die Unbezahlbarkeit, ausschließlich freiwillig zu arbeiten, und zwar in den Formen, die auf der (meist durchaus kooperativ eingestimmten) Eigeninitiative des einzelnen beruhen.

Überwindung von Stagnation

Man darf Freiwilligen-Arbeit auch nicht idealisieren – gerade weil dies in der Falle der leeren Kassen, in der staatliche Politik sich verrannt hat, so leicht und gern geschieht. Denn es ist keineswegs so, daß Freiwilligen-Organisationen automatisch flexibel, sensibel, innovativ und kostengünstig arbeiten. Im Gegenteil ist es oft so, daß auch im Freiwilligen-Sektor die Dinge festgefahren sind, daß amateurhaft, schlecht ausgestattet und in Abwehr gegenüber neuen Ideen vor sich hin gewurstelt wird. Wenn der Freiwilligen-Sektor für kompetente Innovationen geöffnet werden soll, dann wird dies im wesentlichen der Initiative und Umsicht des Gemeinwohl-Unternehmers zuzuschreiben sein. Er sucht und geht neue Wege, packt Fragen an, die andere verdrängen oder liegenlassen (müssen), und verbindet Ansätze, die in der staatlich-bürokratisierten Amtsteilung nur getrennt verfolgt werden können. Diese Kreativität ist allerdings eines jener unbezahlbaren Güter,

24 Vgl. Schwarz (1996), S. 266, der Werte für Westdeutschland nennt und den Wert für Ostdeutschland auf 5 Prozent des Wertes für Westdeutschland schätzt.

25 Solche Berechnungen zeigen die Fragwürdigkeit der »Berechenbarkeit« von Leistungen der Bürgerarbeit auf und können zu der Schlußfolgerung führen, daß sie, weil nicht berechenbar, unbezahlbar ist. Dies schließt aber andere Formen, sie anzuerkennen, nicht aus.

Onlinequelle: Demokratiezentrum.org - www.demokratiezentrum.org
Printquelle: Beck, Ulrich (Hg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Suhrkamp, Frankfurt am Main 2000, S. 416-447

welche die Bürgerarbeit im Vergleich zur routinisierten Erwerbsarbeit auszeichnet – sicherlich gerade für Jugendliche.

Professionalisierung

Obwohl sich Bürgerarbeit gegen Verregelung und Vereinnahmung sperrt, kann der Gemeinwohl-Unternehmer zugleich eine bestimmte Art von »Professionalisierung« von Bürgerarbeit betreiben und auf diese Weise Freiwilligen-Arbeit entstauben und eine neue Attraktivität verleihen. »Professionalisierung« im Rahmen von Bürgerarbeit heißt nicht: Diplome, Examina, Curricula, sondern klare Aufgabenbeschreibungen, kooperative Betreuungen und Einzelarbeitszeiten, gezielte Problem- und Konfliktverarbeitung. So werden den Freiwilligen eigene Aufgaben eingeräumt und ihre Aktivitäten in einen organisierten Rahmen gestellt. Im Kern heißt das: Die Grundlagen für ein selbstbewußtes Engagement schaffen. »Professionalisierung« in diesem Sinne ist keineswegs identisch mit einer stärkeren »Inpflichtnahme« von Freiwilligen, im Gegenteil: Eine solche Form der Professionalisierung verkörpert das institutionelle Pendant zum Wandel der Motive.[26]

Tätigkeiten über soziale Grenzen hinweg

Bürgerarbeit verbindet einmal mehr, was sich auszuschließen scheint: Freiwilligkeit, flache Organisationsformen und Professionalität. Die Freiwilligen, die hier zur Mitwirkung angeworben werden, sehen sich so eingebunden in Tätigkeitszentren über die Grenzen von Sozialmilieus, Altersgruppen usw. hinweg.

Weiterbildung

Auf derselben Linie liegt, daß Bürgerarbeit den Erwerb von Qualifikation ermöglicht, nicht nur im Sinne der Selbsterfahrung, Selbst-Bildung in selbstbestimmten Kooperationszusammenhängen, sondern auch für die Rückkehr in Erwerbsarbeit. In diesem Sinne bilden die Arenen und Projekte der Bürgerarbeit Tätigkeitsfelder für lebenslanges Lernen, die durchaus mit anderen Weiterbildungsinstitutionen konkurrieren können und insofern auch von den Töpfen und finanziellen Mitteln profitieren sollten, die für diese Zwecke (öffentlich und privat) zur Verfügung stehen. Warum sollten z. B. Unternehmen die Foren der Bürgerarbeit nicht nutzen und finanziell unterstützen, um ihre – auch lei-

26 Vgl. R.G. Heinze/Chr. Strünck in diesem Band S. 204 f.

Onlinequelle: Demokratiezentrum.org - www.demokratiezentrum.org
Printquelle: Beck, Ulrich (Hg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Suhrkamp, Frankfurt am Main 2000, S. 416-447

tenden! – Mitarbeiter durch unkonventionelles praktisches Tun weiterzubilden? Warum sollten nicht die Mittel für Umschulungsmaßnahmen und Arbeitsförderungsprogramme, die der Bundesanstalt für Arbeit zur Verfügung stehen, in diesem Sinne für Projekte der Bürgerarbeit geöffnet werden?

Anerkennung

Jungen Menschen sollte Bürgerarbeit Punkte im Numerus-Clausus-Verfahren um Studienplätze bringen. Wenn sie nach Abschluß ihrer Ausbildung, bevor sie eine Stelle gefunden haben, sich zur Bürgerarbeit verpflichten, könnten die Leistungen, die sie dabei erbringen, auch bei den Rückzahlungsverpflichtungen des Bafög-Darlehens berücksichtigt werden.

Ehrungen

Selbstverständlich können und müssen die Aktivitäten und Erfolge der Bürgerarbeit auch durch öffentliche Auszeichnungen gewürdigt werden. Diese Belohnung durch Ehrungen kann wiederum auf vielfältige Weise geschehen. Zum einen sicherlich dadurch, daß Bürgermeister, Ministerpräsidenten, Staatsoberhäupter entsprechende Titel und Orden für zivilgesellschaftliches Engagement verleihen. Zum anderen liegt eine wichtige Würdigung gewiß darin, daß die Herkunft und Stellung derjenigen, die sich und ihr Engagement der Bürgerarbeit widmen, möglichst sozial vielfältig ist, also auch angesehene, hochgestellte, gutbezahlte Personen und Gruppen mit der gleichen Selbstverständlichkeit sich und ihr »Sozialkapital« einbringen. Gerade transnationale Unternehmen, die um örtliche Legitimation bemüht sein müssen, können durch ihr Unternehmensprestige Bürgerarbeit aufwerten, indem sie ihre hochdotierten Bereichsleiter, Abteilungsleiter oder Direktoren für derartige Aktivitäten an die Zivilgesellschaft »ausleihen«. Im Unternehmen wird dann eine große Tafel errichtet, auf der steht: »Für herausragende Leistungen in der Bürgergesellschaft«, und dann kommen die Namen. Der Wert, den diese Belobigungen haben – das mag paradox klingen –, ergibt sich daraus, daß man sich in unserer Gesellschaft inzwischen alles kaufen kann, aber eben gerade diese Art der öffentlichen Würdigung nicht!

Onlinequelle: Demokratiezentrum.org - www.demokratiezentrum.org
Printquelle: Beck, Ulrich (Hg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Suhrkamp, Frankfurt am Main 2000, S. 416-447

Doch alle immateriellen Belohnungen in und durch Bürgerarbeit können nicht darüber hinwegtäuschen, daß Bürgerarbeit auch erhebliche Kosten verursacht – seien es Sachkosten, seien es Personalkosten. So setzt Bürgerarbeit eine elementare materielle Existenzsicherung voraus, die nicht aus Bürgerarbeit bezogen werden kann. Sie muß in Form von Erwerbsarbeit erwirtschaftet werden. Auf diese Weise ruht Bürgerarbeit auf Erwerbsarbeit auf und kann diese niemals ersetzen. Bürgerarbeit bleibt also in der einen oder anderen Form auf Transfereinkommen angewiesen. Es gibt nun allerdings derartige Transferleistungen zumindest in Deutschland (und in anderen kontinentaleuropäischen Ländern) längst in einem erheblichen Ausmaß. In Deutschland muß niemand »einkommenslos« sein, wenn er nachweist, daß er ohne Geld nicht leben kann. Die beiden wichtigsten Einkommensquellen in diesem Sinne sind (wenn man von der Alterssicherung und der Erwerbsunfähigkeit absieht) die Sozialhilfe sowie das Arbeitslosengeld und die Arbeitslosenhilfe. Man kann sich nun die Frage stellen, ob die Sozialhilfe nicht als existenzsichernde Grundlage für ein Engagement in der Bürgerarbeit dienlich sein kann. Auf diese Art und Weise werden zwei Grundprinzipien zugleich erfüllt: Zum einen entstehen durch Bürgerarbeit keine Mehrkosten; die Summe der bisherigen Transfereinkommen bildete die absolute Obergrenze eines öffentlichen Haushaltes für Bürgerarbeit, der – verwaltet durch den Ausschuß für Bürgerarbeit und die beauftragten Gemeinwohl-Unternehmer – zur existenzsichernden Grundfinanzierung der mitwirkenden Freiwilligen zur Verfügung stünde (andere Töpfe, wie Mittel der Wohlfahrtsverbände, der Bundesanstalt für Arbeit, Social Sponsoring, zunächst gar nicht berücksichtigt). Zum anderen wäre auf diese Weise zugleich eine wesentliche Bedingung organisierter Spontaneität erfüllt, nämlich die, daß der in der Zivilgesellschaft aktive Freiwillige über eine minimale Existenzsicherung verfügt.

Was unter den Vorzeichen der ausschließlich auf Erwerbsarbeit zentrierten Gesellschaft als »Sozialhilfe« oder »Arbeitslosenhilfe« ausgegeben wird, wird unter den Bedingungen der Bürgerarbeit dann allerdings zum Bürgergeld. Bürgerarbeiter sind keine – je-

Onlinequelle: Demokratiezentrum.org - www.demokratiezentrum.org
Printquelle: Beck, Ulrich (Hg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Suhrkamp, Frankfurt am Main 2000, S. 416-447

denfalls wenn sie es nicht ausdrücklich wollen – Arbeitslose. Das würde diese gemeinnützig Tätigen im Widerspruch zu ihrem Engagement und ihren Leistungen für die Zivilgesellschaft abwerten. Sie stehen also auch nicht – jedenfalls nicht für die Zeitspanne ihres bürgergesellschaftlichen Engagements – »dem Arbeitsmarkt zur Verfügung«. Sie sind zivilgesellschaftlich beschäftigt.[27] Dieses Bürgergeld, das in der Regel Arbeitslosen- und Sozialhilfe nicht übersteigen sollte und auch nur in einem begrenzten Ausmaß finanziert werden kann, stellt mit der Basissicherung der Existenz zugleich eine solche finanzielle Anerkennung für Bürgerarbeit dar. In diesem Zusammenhang wird meist lebhaft darüber diskutiert, ob man einen Sozialhilfeempfänger zu bestimmten Arbeiten verpflichten kann. Weniger häufig wird gesehen, daß ein Großteil der Sozialhilfeempfänger nichts sehnlicher wünscht, als etwas für ihn Chancenreiches, Sozialanerkanntes zu tun, was aber oft an der inneren Logik – oder Unlogik – des sozialen Netzes scheitert.[28]

27 Zu den Arbeitsmarkt-Effekten siehe unten S. 444.

28 Dazu ein Beispiel: In Nürnberg beanspruchen die Kosten für Sozialhilfe inzwischen ein Fünftel des städtischen Haushalts; 34 000 Menschen in der Stadt leben von Sozialhilfe, jeder zwölfte Nürnberger. Diese Zahl fächert sich – grob gesprochen – folgendermaßen auf: Ein Drittel dieser 34 000 Menschen sind Kinder und Jugendliche; ein weiteres Drittel hat sich – wie die zuständige Referentin sagt – in der Sozialhilfe eingerichtet. Auf diese richtet sich der öffentlich immer wieder geäußerte Verdacht des Schmarotzertums. Niemand aber redet über das dritte Drittel: über die Sozialhilfeempfänger, die wieder arbeiten wollen, aber nicht können, denen offenbar jede Chance genommen wird, im Arbeitsalltag wieder Fuß zu fassen. Allein in Nürnberg also mindestens 10 000 Menschen. Die Hindernisse, die das Arbeitsförderungsgesetz (AFG) dafür aufstellt, sind vielfältig. Für einen Sozialhilfeempfänger ist es heute unmöglich, zum Beispiel eine ABM-Stelle zu bekommen. Nicht nur weil die Mittel insgesamt gekürzt wurden, vor allem weil die Anforderungen für die Bewilligung der Mittel so gestrickt sind, daß Sozialhilfeempfänger, die zu alt oder in aussichtslosen Berufen qualifiziert sind usw., praktisch keine Chance bekommen – selbst wenn diese sich tatsächlich (z. B. im Rahmen bestimmter Beschäftigungsgesellschaften) bietet. Zu guter Letzt muß die Entdeckung neuer Tätigkeitsfelder, die durch das AFG überhaupt finanzierbar sind, die Hindernisse kodifizierter Einspruchsrechte von Firmen und Verbandsvertretern nehmen, die im Genehmigungsverfahren gehört werden müssen, sich aber oft lästige Konkurrenz vom Leibe halten wollen. Auf diese Weise ist das soziale Netz in Deutschland inzwischen so gewirkt, daß es viele gar nicht mehr herausläßt, so sehr sie auch wollen und sich abzappeln. Die Devise lautet: keine Experimente – und das bei 32 000 Arbeitslosen und 34 000 Sozialhilfeabhängigen allein in Nürnberg. Das aber heißt: Um die Töpfe für Sozialhilfe für Bürgerarbeit und Bürgergeld zu öffnen, bedarf es einer Reform des AFG, die genau dies ermöglicht.

Onlinequelle: Demokratiezentrum.org - www.demokratiezentrum.org
Printquelle: Beck, Ulrich (Hg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Suhrkamp, Frankfurt am Main 2000, S. 416-447

Sozialstaatliche Regelungen

Arbeitslosen muß erlaubt werden, sich für Bürgerarbeit zu entschließen und zu engagieren, ohne daß dies ihren Anspruch auf Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit gefährdet. Hier verbirgt sich (langfristig) die Notwendigkeit, das Arbeitsförderungsgesetz zu reformieren – im Sinne einer Öffnung für Bürgerarbeit; zugleich auch die Arbeitsämter zu öffnen, also aus ihrer ausschließlichen Festlegung auf Erwerbsarbeit herauszulösen und auf eine Förderung auch der Bürgerarbeit auszurichten. Dies kollidiert sicherlich mit der Grundforderung des AFG, daß ein »Arbeitsloser« dem Arbeitsmarkt uneingeschränkt zur Verfügung stehen muß (§ 103 AFG). Umgekehrt hält die Arbeitslosenversicherung auch für Ehrenamtliche, die nach längerem zusätzlichem Engagement erwerbsarbeitslos werden, keine ausreichende Sicherung bereit. Auch für eine eventuelle Rückkehr ins Erwerbsleben, für die das Engagement in der Bürgerarbeit womöglich eine Vorbereitung war, sind bislang keine besonderen Regelungen vorhanden. Mit anderen Worten: Arbeitsamt und Arbeitsförderungsgesetz müßten zweigleisig ausgelegt, also auch für Bürgerarbeit sowie die Mobilität zwischen diesen gesellschaftlichen Tätigkeitsfeldern im Lebenslauf geöffnet werden.

Sozialpolitik

Entsprechendes gilt für die Einbeziehung der Bürgerarbeit in die Sozialpolitik. Einen ersten kleinen Schritt zur Aufweichung der Lohnarbeits- und Beitragsbezogenheit der Sozialversicherung hat das Pflegeversicherungsgesetz markiert, das Pflegezeiten wie Kindererziehungszeiten behandelt und entsprechend als Beitragsjahre zur Rentenversicherung verrechnet (§19 SGB XI). Wenn jedoch zugleich mit Recht gefordert wird, »versicherungsfremde« – also nicht lohnarbeitsgestützte – Leistungen mittels Steuern zu finanzieren, so stellt sich einmal mehr die Frage nach einer steuerfinanzierten Grundabsicherung, anstatt jeweils den Bundeszuschuß zu erhöhen. Offenkundig ist, daß eine Kombination aus Teilzeit-Erwerbsarbeit und freiwilliger Bürgerarbeit in Deutschland weniger attraktiv ist als etwa in den Niederlanden, wo es ein solches Grundsicherungssystem gibt. Die Debatte um ein Alternativsystem zur Sozialhilfe erhält damit auch im Kontext der Bürgerarbeit neuen Auftrieb. Biographien, in denen Kombinationen

Onlinequelle: Demokratiezentrum.org - www.demokratiezentrum.org
Printquelle: Beck, Ulrich (Hg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Suhrkamp, Frankfurt am Main 2000, S. 416-447

von Erwerbs- und Bürgerarbeit nicht zu einer ökonomischen Belastung werden, sind in Deutschland typischerweise in der gutverdienenden Mittelschicht präsent.

Steuerrecht

Das Steuerrecht zeigt eine Reihe von Einseitigkeiten zugunsten etablierter Träger. So werden etwa Aufwandsentschädigungen für die nebenberufliche Pflege alter, kranker oder behinderter Menschen nur dann steuerfrei gestellt, wenn die Personen bei einem verbandsorientierten Träger arbeiten (§3 Nr. 25 EStG), nicht, wenn die Gruppe selbstorganisiert ist. Zugleich ist die Einschränkung auf den engen Bereich der Pflege ein Beispiel für die Ausrichtung staatlicher Förderung auf das Sozial- und Gesundheitswesen. Andere Regelungen im Pflegebereich, wie die Pauschalbeträge für Pflegepersonen (§ 33B Abs. 6 EStG), sind recht niedrig angesetzt und reichen kaum aus, um Pflegeausgaben zu finanzieren. Im allgemeinen gilt: Geldspenden sind steuerlich absetzbar, »Zeitspenden« dagegen nicht. Auch hier ist gesetzgeberische Kreativität gefragt, um die »Sozialzeit«, die Personen im Rahmen der Bürgerarbeit gemeinwohlorientiert »spenden«, analog steuerrechtlich absetzen zu können.

Wohlfahrtsverbände und Wohlfahrtskassen

Wer verteilt hier was an wen? Und wie können diese Ressourcen durchsichtiger und für die Finanzierung der Bürgerarbeit geöffnet werden? Da Wohlfahrtsverbände ihren Handlungsbedarf und ihre finanziellen Ressourcen staatlicher Delegation verdanken, ist es erforderlich, die subsidiär zu erbringenden Leistungen an einem neuen Leitbild auszurichten und an öffentlich überprüfbare Kriterien zu binden. Solche Kriterien könnten sein: Partizipations- und Mitgestaltungsmöglichkeiten für Freiwillige; Ausbildungs- und Supervisionsangebote für Freiwillige; Sicherung eines spezifischen Budgetanteiles für die Förderung von Selbsthilfe und Bürgerarbeit; Nutzung von infrastrukturellen Ressourcen für solche Aktivitäten usw.[29]

Und woher sollen zusätzliche Gelder in Zeiten leerer Kassen kommen? Es führt kein Weg daran vorbei: Die transnationalen Konzerne, die zu »virtuellen Steuerzahlern« geworden sind, müssen ihren Beitrag zur Demokratie leisten. Dieser kann wohl auf

29 Vgl. Heinze/Keupp, S. 120 f.

Onlinequelle: Demokratiezentrum.org - www.demokratiezentrum.org
Printquelle: Beck, Ulrich (Hg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Suhrkamp, Frankfurt am Main 2000, S. 416-447

Dauer kaum darin liegen, keine Steuern zu zahlen und Arbeitsplätze in Billiglohnländer auszulagern. Warum sollen Unternehmen nicht auch finanzielle Verpflichtungen für konkrete Vorhaben der Bürgerarbeit übernehmen und auf diese Weise für sich werben?

Nachfrage nach Bürgerarbeit

Vieles spricht dafür, daß die Zeit für die Idee der Bürgerarbeit reif ist: brachliegende, gemeinwohlorientierte Handlungsbereitschaften finden keine geeigneten Kristallisationspunkte im öffentlichen Raum. Der Gemeinwohl-Unternehmer fragt diese Bereitschaften ab, bindet sie ein in Aufgaben und in partizipatorische Organisationsstrukturen, die Freiwilligkeit und Professionalität miteinander verbinden und auf diese Weise die kleinen Netze der Gesellschaft revitalisieren. Läßt sich das Ausmaß der Nachfrage vorhersehen, vielleicht sogar quantifizieren? Darauf gibt es keine leichte, schnelle Antwort, da die Nachfrage u. a. von der Attraktivität der Bürgerarbeit und der Aktivität des Gemeinwohl-Unternehmers abhängt. Zwei Extrem-Szenarien lassen sich gegenüberstellen: (1) Minimale Nachfrage: Danach findet das Modell Bürgerarbeit wenig Anklang; es kann sich gegenüber den jetzt vorherrschenden Formen der Verbands-, Vereins- und ehrenamtlichen Tätigkeiten letztlich nicht durchsetzen. (2) Maximale Nachfrage: Bürgerarbeit droht von ihrem Erfolg überrannt zu werden. Dieses Extrem-Szenario ist »krisenträchtig«, da man nicht ausschließen kann, daß Finanzierungsengpässe entstehen. Welche gesellschaftlichen Gruppen könnten – hohe Aktivität vorausgesetzt – Bürgerarbeit wählen?

– Arbeitslose, insbesondere die große Gruppe der vorübergehend Arbeitslosen (»dynamische Arbeitslosigkeit«) sowie erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger;

– Hausfrauen (bzw. Hausmänner), insbesondere in der sogenannten »Phase des leeren Nestes« (nachdem die Kinder den Haushalt verlassen haben);

– Rentner und Rentnerinnen, die aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind und eine neue, ihre bisherigen Erfahrungen und erworbenen Kenntnisse herausfordernde Tätigkeit suchen;

– Jugendliche vor, neben und nach der Berufsausbildung;

Onlinequelle: Demokratiezentrum.org - www.demokratiezentrum.org
Printquelle: Beck, Ulrich (Hg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Suhrkamp, Frankfurt am Main 2000, S. 416-447

– Teilzeit-Erwerbstätige, die sich in Teilzeit-Bürgerarbeit engagieren wollen; sowie schließlich

– Berufstätige, die eine »Aus-Zeit« nehmen, also vorübergehend aus der Berufsarbeit nach dem Muster des Sabbatical aussteigen wollen.

Wie also wird im Falle des Falles Selbstbegrenzung möglich? Einer Übernachfrage kann durch Differenzierungen im Modell der Bürgerarbeit begegnet werden:

– Projektbindung. Ein Schlüssel zur Selbstbegrenzung liegt in der Bindung der Bürgerarbeit an eine inhaltliche Projektaufgabe. Sie erlaubt es, zeitlich, sachlich und sozial nur eine begrenzte Zahl von Bürgerarbeitsplätzen einzurichten. Über die Vergabe dieser Arbeitsplätze sowie deren sachlichen und zeitlichen Rahmen entscheidet der Gemeinwohl-Unternehmer auf der Grundlage seines autorisierten Auftrages, also in Absprache mit dem kommunalen Bürgerarbeits-Ausschuß. Es gibt kein automatisches Anrecht auf die Beteiligung an Bürgerarbeit. Auch Bürgerarbeit setzt Qualifikationen, d. h. Auswahl aufgrund von Eignung, voraus. Die Nachfrage bleibt also durch die Projekt- und Aufgabenbindung der Bürgerarbeit politisch beeinflußbar (je nach Erfahrungen vor Ort).

– Finanzierbarkeit. Ein zentraler Hebel zur Selbstbegrenzung liegt in der politisch veränderbaren Finanzierbarkeitsprämisse. Die Zahl der Bürgergeldarbeitsplätze wird – das Prinzip der Kostenneutralität vorausgesetzt – die öffentlichen Haushalte immer nur bis zu der selbstgesetzten Grenze belasten, bis zu der heute schon Transfereinkommen in die Sozialhilfe und die Arbeitslosenhilfe geleistet werden. Anders gesagt: Nicht die potentielle Nachfrage nach Bürgerarbeit, sondern die politisch zu entscheidenden und zu legitimierenden Belastungsgrenzen der öffentlichen Haushalte und Kommunen bestimmen das Volumen, in dem bürgergeldfinanzierte Arbeitsplätze überhaupt verfügbar sind.

– Karrieren. Damit entsteht eine soziale Differenzierung, nämlich die zwischen nur immateriell und auch materiell belohnten Bürgergeldarbeitsplätzen. In diesen beiden Kategorien können noch einmal verschiedene Formen des Teilzeit-Engagements vorgesehen werden. So ergibt sich ein differenziertes System von Bürgerarbeitsplätzen, die entsprechende Qualifikationsforderun-

Onlinequelle: Demokratiezentrum.org - www.demokratiezentrum.org
Printquelle: Beck, Ulrich (Hg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Suhrkamp, Frankfurt am Main 2000, S. 416-447

gen stellen und so etwas wie innere Karrieren zwischen diesen zulassen. Da Freiwilligen-Organisationen hohe Beratungs- und Betreuungsaktivitäten voraussetzen, kann auf diese Weise eine große Anzahl von Personen eingebunden werden.

V. Erwerbsarbeit und Bürgerarbeit verzahnen – Arbeitslosigkeit senken

Welche Rückwirkungen auf den Arbeitsmarkt sind zu erwarten, wenn Bürgerarbeit eingerichtet wird? Bürgerarbeit, haben wir gesagt, ergänzt Erwerbsarbeit, ersetzt diese aber nicht; sie ist additiv, nicht substitutiv. Das heißt: Mit der Bürgerarbeit wird nicht das Ende der Erwerbsarbeitsgesellschaft eingeläutet, sondern der Übergang von einer Nur-Erwerbsarbeitsgesellschaft zu einer gemischten Tätigkeitsgesellschaft: Jenseits von Staat und Wirtschaft entstehen unternehmerische Rollen und Organisationsformen einer öffentlichen Selbstfürsorge. Darüber hinaus stellt Bürgerarbeit auch einen wesentlichen Beitrag zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit dar. Warum?

In demselben Maß, in dem Bürgerarbeit attraktiv wird (z. B. durch Zeitspenden-Modelle, wie sie in den USA im Zusammenwirken von Unternehmen und Beschäftigten erprobt werden), sinkt die Nachfrage nach Erwerbsarbeit. Bürgerarbeit baut den »Arbeitswahn« ab. Denn es entsteht eine öffentliche Nische, in der die Menschen die schönen Seiten eines begrenzten Arbeitsdrogenentzugs erfahren können. Bürgerarbeit beseitigt aber auch Arbeitslosigkeit. Wenn Bürgerarbeit als Option selbstverständlich wird, hat dies zur Folge, daß jemand nicht erwerbstätig, aber sehr wohl sinnvoll beschäftigt sein kann. Es entsteht eine neue Identität: Man ist »Bürgerarbeiter« in diesem oder jenem Projekt und muß sich damit nicht mehr als »arbeitslos« etikettieren und diskriminieren (lassen).

Damit entsteht eine duale Beschäftigungsgesellschaft, in der sich vielfältige Kombinationen von Erwerbs- und Bürgerarbeit ergeben (für verschiedene Lebensabschnitte, -lagen usw.): Erwerbs- und Bürgerarbeit sind ergänzend anzulegen, z. B. als gleichzeitige Teilzeitarbeit im Erwerbs- und Freiwilligen-Sektor. Der Wechsel

Onlinequelle: Demokratiezentrum.org - www.demokratiezentrum.org
Printquelle: Beck, Ulrich (Hg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Suhrkamp, Frankfurt am Main 2000, S. 416-447

in die Bürgerarbeit ist insbesondere für die große Gruppe der vorübergehend Arbeitslosen (ein bis zwei Jahre) attraktiv. Denn für einen wachsenden Teil der Menschen ist Arbeitslosigkeit ein bekanntes, deswegen aber nicht vertrautes Ereignis geworden. Ihr Erwerbsverlauf ist durch häufige Arbeitslosigkeit fragmentiert. Sie sind aus arbeitsmarktpolitischer Sicht die neue Problemgruppe unter den Arbeitslosen – nicht nur, weil sie eine ungewisse Zukunft haben, sondern weil die Gefahr besteht, daß sie aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzt werden.[30] Für diese Bevölkerungsgruppe ist Bürgerarbeit, insbesondere wenn sie berufsnah und weiterqualifizierend organisiert ist, ein attraktives Angebot, denn sie ermöglicht es, Arbeitslosigkeit (auch für spätere Arbeitgeber nachweisbar) sinnvoll zu überbrücken. Diese Sprungbrett- und Überbrückungsfunktion der Bürgerarbeit wird dabei nicht nur bei den Individuen wichtig, welche die typischen Negativmerkmale aufweisen (gesundheitlich Eingeschränkte, Ältere oder gering Qualifizierte), sondern in Zukunft gerade auch bei Hochqualifizierten, Hochmotivierten und Leistungsfähigen.

Auf diese Weise verändern sich zugleich die Rahmenbedingungen und Ziele der Politik: Arbeitslosigkeit kann nun nicht mehr nur indirekt, durch die Förderung des Wirtschaftswachstums, sondern auch direkt durch die Förderung der Bürgerarbeit abgebaut werden. Während sich im Zeitalter der Globalisierung die Einflußmöglichkeiten nationalstaatlicher Politik auf die Schaffung von Arbeitsplätzen immer weiter einschränken (schon heute wird die Wertschöpfung der ganzen Welt zu 53 Prozent von transnationalen Konzernen wahrgenommen), erschließt sich die Politik mit der Einrichtung von Bürgerarbeit eine neue Quelle ihrer Legitimation: Sie kann das Wohl ihrer Bürger mehren mit relativ geringen Mitteln und in der paradoxen Form aktiver Selbstzurücknahme des Staates.

Diejenigen, die in Erwerbsarbeit engagiert sind, sind auch im Freiwilligen-Sektor aktiv. Umgekehrt gilt, daß diejenigen, die am längsten und damit weitgehend hoffnungslos aus der Erwerbsarbeit herausgefallen sind, sich zugleich am seltensten in den klassischen Ehrenämtern engagieren. Daraus ergibt sich eine offene, schwierige Frage: Inwieweit gelingt es, Bürgerarbeit zu einem

30 Vgl. Mutz (1997).

Onlinequelle: Demokratiezentrum.org - www.demokratiezentrum.org
Printquelle: Beck, Ulrich (Hg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Suhrkamp, Frankfurt am Main 2000, S. 416-447

Integrationsangebot für die aus dem Arbeitsmarkt Herausgefallenen – »Langzeit-Arbeitslosen« – zu machen?

VI. Ausblick: Verwirklichungschancen

Hat das so verstandene und in seinem Anspruch begrenzte Modell Bürgerarbeit Chancen, politisch umgesetzt zu werden? Die Verwirklichungschancen der Bürgerarbeit liegen in folgendem: Es handelt sich um einen Vorschlag, der das Wohlfahrtssystem erneuert und die Bürgergesellschaft revitalisiert, ohne daß zusätzliche Kosten entstehen; in der Vertrauenskrise der Institutionen, der auf diese Weise entgegengewirkt werden kann; zugleich wird der neuen Bedeutung von Individuen als Trägern gesellschaftlicher Verantwortung Rechnung getragen, werden die chronisch überlasteten öffentlichen Haushalte entlastet, die erhärtete Kritik an dem »entmündigenden« Wohlfahrtsstaat umgesetzt sowie Aufgaben von der zentralen, nationalen auf die kommunale, dezentrale Ebene verlagert.

Nicht zuletzt liegen die politischen Durchsetzungschancen der Bürgerarbeit in einem – noch latenten – Allparteien-Konsens. Alle politischen Gruppierungen suchen nach Lösungen, die die Quadratur des Kreises ermöglichen: Sozialkosten zu sparen, aber gleichzeitig soziale Leistungen zu verbessern. Es liegt nahe, daß dabei überall der Blick auf den Freiwilligen-Sektor fällt. Das bürgerliche Lager gehört zu den schärfsten Kritikern der unbezahlbar gewordenen Leistungsangebote des Wohlfahrtsstaates. Gleichzeitig besinnt sich der zivilgesellschaftliche Konservativismus auf die in im enthaltene Tradition einer aktiven Bürgerschaft. Die Liberalen haben, wenigstens in ihrem bürgergesellschaftlichen Flügel, immer die Belebung örtlicher Bürgerinitiativen politisch in Großbuchstaben geschrieben. Dies gilt auch für die Grünen (in Deutschland und Europa). Selbst die sozialdemokratischen und Arbeiterparteien Europas, die aus vielen Gründen am nachhaltigsten das existierende Sozialsystem verteidigen, beginnen die Innovationskraft eines finanziell abgesicherten und gesellschaftlich aufgewerteten Freiwilligen-Sektors für die Lösung zukünftiger Gesellschaftsaufgaben zu entdecken. Das bedeutet:

Onlinequelle: Demokratiezentrum.org - www.demokratiezentrum.org
Printquelle: Beck, Ulrich (Hg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Suhrkamp, Frankfurt am Main 2000, S. 416-447

Eine große Koalition zur Durchsetzung von Bürgerarbeit läßt sich sehr wohl schmieden. Die öffentliche Debatte über Bürgerarbeit kann sogar den Konsens stiften, der sie wirklich macht.

Für erforderlich halte ich eine politische Initiative, welche die Grundidee der Bürgerarbeit vermittelt. Sie soll auch helfen, die Denk-, Motivations- und Identitätsblockaden zu überwinden, die in der Fixierung auf Erwerbsarbeit begründet liegen und bestehen bleiben, solange die Erwerbsarbeit alternativlos die Identifikation bindet. Meine Hoffnung ist, daß Bürgerarbeit, eine »vita activa« jenseits der Erwerbsarbeit für viele wünschenswert, erfahrbar, ja verführerisch wird.

Literatur

Beck, U., *Die Erfindung des Politischen*, Frankfurt am Main 1993.

Beck, U., *Was ist Globalisierung?*, Frankfurt am Main 1997.

Beck, U., *Kinder der Freiheit*, in: ders. (Hg.), *Kinder der Freiheit*, Frankfurt am Main 1997.

Beck, U., *Schöne neue Arbeitswelt*, Frankfurt am Main 1999.

Egelhardt, H. D./Simeth, A./Stark, W. u. a., *Was Selbsthilfe leistet. Ökonomische Wirkungen und sozialpolitische Vertretungen*, Freiburg 1995.

Giddens, A., *Jenseits von Links und Rechts*, Frankfurt am Main 1997.

Kandler, J., *Rückflußeffekte der städtischen Zuschüsse für Selbsthilfeinitiativen für die öffentliche Hand*, in: Engelhardt u. a., 1995, S. 76-102.

Klages, H., *Engagement und Engagementpolitik in Deutschland*, in diesem Band S. 151-170.

Leadbeater, C., *The Rise of the Social Entrepreneur* (Forschungsbericht des DEMOS-Instituts London), 1997.

McCgwire, S., *Do-Gooders Could do Better*, in: *The Independent* vom 3. Juli 1997.

Saunders, B. P., *Citizenship in a Liberal Society*, in: B. S. Turner (ed.), *Citizenship and Social Theory*, London 1993.

Simonis, H., *Politik als Beschäftigung: Über die traditionelle Arbeitsgesellschaft hinausdenken*, in: M. Bissinger (Hg.), *Stimmen gegen den Stillstand*, Hamburg 1997.

Wilkinson, H., *Kinder der Freiheit. Entsteht eine neue Ethik individueller und sozialer Verantwortung?*, in: U. Beck (Hg.), *Kinder der Freiheit*, Frankfurt am Main 1997, S. 85-123.

Wuthnow, R., *Handeln aus Mitleid*, in: U. Beck (Hg.), *Kinder der Freiheit*, Frankfurt am Main 1997, S. 34-84.

Onlinequelle: Demokratiezentrum.org - www.demokratiezentrum.org
Printquelle: Beck, Ulrich (Hg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Suhrkamp, Frankfurt am Main 2000, S. 416-447